

Rechte Gewalt. Steinwürfe, Schüsse, Brandanschläge – Hetze. Allein in NRW wurden laut Bundesregierung 2016 knapp 500 Straftaten gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer zur Anzeige gebracht. Die Mobile Beratung NRW hat darüber hinaus ein eigenes Monitoring zu rassistisch motivierter Gewalt durchgeführt. Auffällig: Die mutmaßlichen Täter kamen häufig nicht aus rechten Gruppen, sondern aus einem »bürgerlichen« Milieu. Die Hemmschwelle, Hetze und Diskriminierung offener zu äußern, sei gesunken, so Heiko Klare von der Mobilen Beratung NRW. Sein Appell: »Unter keinen Umständen darf der Wahlkampf auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden.«

Autorasen. Im April 2015 hatten sich zwei Männer, 22 und 23 Jahre alt, auf dem Auenweg in Deutz ein Autorennen geliefert und dabei eine 19 Jahre alte Radfahlerin erfasst und tödlich verletzt. Das Kölner Landgericht verurteilte die Täter vergangenes Jahr zu 21 und 24 Monaten Gefängnis auf Bewährung. Die Staatsanwaltschaft, aber auch die Täter gingen in Berufung. Nun wird der Bundesgerichtshof entscheiden. Die Tat gehört in eine Serie von Autorennen in Köln, bei denen Menschen getötet wurden. Meist kamen die Täter vor Gericht glimpflich davon. Im Februar wurde aber ein Raser in Berlin wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt.



Viel Ermessensspielraum, wenig Fußgängerraum – Bürgersteig in Ehrenfeld

Das sind keine 150 Zentimeter!

Beim Streit um rücksichtslos parkende Autofahrer ist die Stadtspitze gefordert – aber die reagiert nicht

Jetzt pflastern sie sich in Nippes schon die Vorgärten zu, um ihr Auto vor dem Haus zu parken. Blumenbeete zu Stellplätzen – denn Parkraum ist rar. Das hat die SPD in der Bezirksvertretung Nippes auf den Plan gerufen: Durch die Versiegelung der Böden fehlen Sickerflächen, das überlastet die Kanalisation.

Das Beispiel zeigt, wie bizarr der Streit um Parkraum ist. Das größte Problem aber bleiben zugeparkte Fußwege – die Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Innenstadt fassten bereits Beschlüsse dagegen (vgl. *Stadtrevue* 2/2017).

In Ehrenfeld hat die Wählergruppe Deine Freunde mit den Grünen strikere Sanktionen gefordert. Auf Fußwegen soll eine Mindestbreite von 150 Zentimetern garantiert werden, zusätzlich seien Sicherheitsabstände von 20 Zentimetern zur Hausseite sowie 30 Zentimetern zur Straße nötig. Davon ist auf den Gehwegen nicht viel zu sehen. Mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl ist oft kein Durchkommen. Jetzt begehren die Fußgänger auf.

Als in der BV Innenstadt Grüne, Deine Freunde und Linke beschlossen, im Stadtkern das Parken nur noch in Parkhäusern zuzulassen,

forderte die FDP eine Aktuelle Stunde im Stadtrat und wettete mit CDU und SPD gegen den Beschluss. Tatsächlich ist es ein Problem, wie Anwohner sich dort einen Stellplatz leisten können. Aber muss deshalb das Blech auf den Straßen bleiben?

Eigentlich gehört die Debatte in den Rat. Doch die Fraktionen halten sich zurück. Bald ist Landtagswahl, man will Wähler, die aufs Auto angewiesen sind oder es besonders gerne mögen, nicht irritieren. Zwar sympathisieren die Grünen mit den Initiativen in den Bezirken. Aber ihr Partner CDU steht verkehrs- und umweltpolitisch noch unter City-Maut-Schock (siehe Seite 7). Der Zeitpunkt sei ungünstig, hört man aus der Fraktion.

»Überall werden sich die geforderten zwei Meter Breite nicht umsetzen lassen«, sagt Kirsten Jahn, Fraktionschefin der Grünen. Allein, weil die Bürgersteige häufig nicht so breit sind. »Man kann nicht mit dem Gießkannen-Prinzip eine Regelung umsetzen.«

Ralph Sterck, Chef der FDP-Fraktion, drosselt sein rhetorisches Tempo, auch er will nicht als Auto-Lobbyist gelten: »Köln ist eng, da werden die Verkehrsteilnehmer Kompromisse schließen müssen.«

Aber es gebe Straßen, vor allem in der Innenstadt, wo Fußwege verbreitert werden müssten, etwa die Aposteln- und Ehrenstraße.

»Wir wollen barrierefreie Gehwege«, sagt Günter Bell, städtischer Behindertenbeauftragter. »Für uns ist das keine verkehrspolitische Diskussion.« Zwar gebe es nur wenige Beschwerden, sagt Bell, warnt aber vor falschen Schlüssen: »Die Menschen nehmen die Situation resigniert hin, das ist Alltag.« Die Kölner Behindertenpolitik hat den Impuls aus den Bezirken aufgenommen. Im Februar stellte die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Forderung an den Ausschuss Verwaltung und Rechtsfragen (AVR), das Ordnungsamt müsse barrierefreie Mobilität gewährleisten. Dafür brauche es eine Brutto-Gehwegbreite von zwei Metern, wie sie auch in Ehrenfeld verlangt wird. »Das Ordnungsamt muss auf den Plan treten«, sagt Bell. »Es gibt kein Gewohnheitsrecht darauf, dort parken zu können, wo man möchte.«

Das Ordnungsamt pariert die Vorwürfe: »Dass wir geltendes Recht nicht anwenden, ist nicht richtig«, sagt Sprecher Heribert Büth. Die Straßenverkehrsordnung beziffere keine erforderliche Gehwegbreite. Und Beschlüsse der Bezirksvertretungen seien für das Ordnungsamt nicht maßgeblich. Bislang praktiziert das Amt eine »kölische Regelung«: Drei Gehwegplatten, also 1,20 Meter, sollen ausreichen. Das sei Ermessensspielraum. »Aber das Ermessen ist nicht willkürlich, sondern sachgerecht«, sagt Büth. In der Innenstadt sei man aufgrund eines erheblichen Fußgängeraufkommens weniger nachsichtig als in Ehrenfeld. »Der Rat muss verbindliche Leitlinien festlegen, dann passen wir die Überwachungspraxis an.« Doch die Ratsfraktionen sehen bislang keinen Bedarf. »Es gibt eine gesetzliche Vorschrift. Um die zu gewährleisten, benötigt das Ordnungsamt keinen Ratsbeschluss«, sagt Kirsten Jahn von den Grünen. Das Ordnungsamt gehört zum Dezernat des neuen Stadtdirektors Stefan Keller, für die Verkehrspolitik ist die neue Dezernentin Andrea Blome zuständig. Beide kommen aus Düsseldorf und kokettierten damit, sie müssten die Stadt noch kennenlernen. Was hilft da besser, als zu Fuß durch die Veedel zu gehen?

Text: Jan Lüke, Bernd Wilberg
Foto: Dörthe Boxberg



Konsum. Katholiken und Gewerkschaften gemeinsam auf den Barrikaden! Der Gegner: Einzelhändler, die am heiligen Sonntag malochen lassen. Eine Klage der Dienstleistungsgewerkschaft verdi, unterstützt von Linken und Katholikenausschuss, hat geplante Verkaufsoffene Sonntage verhindert. Der Hauptausschuss des Stadtrats zog in einer Dringlichkeitsentscheidung den Beschluss des Rates zurück. Die Juristen der Stadt sahen keine Chance vor Gericht. Das Bundesverwaltungsgericht hatte Ende 2015 entschieden, »dass nur Veranstaltungen, die selbst einen beträchtlichen Besucherstrom anziehen, Anlass für eine Ladenöffnung geben können.« Am 8. Januar war in Porz-Eil die Sonntagsöffnung an einem erfundenen »Neujahrsmarkt« gerichtlich gestoppt worden. Eine Konsensrunde mit Wirtschaft, Kirche und Gewerkschaften für Anfang März sagte die Stadt ab. Man warte auf Handlungsempfehlungen vom NRW-Wirtschaftsministerium.